

## Die DKP hat Schwierigkeiten mit eurokommunistischen Tendenzen

Betroffene sprechen von einer „Säuberungswelle“ / Von Dieter Wenz

Der Deutschen Kommunistischen Partei machen die Bürgerrechtsbewegung im Osten und eurokommunistische Strömungen zu schaffen. Die moskautreue Partei, die sich als Sachwalter der „arbeitenden Massen“ in Westdeutschland ausgibt, ohne eine Massenbasis zu besitzen, ist bei weitem nicht der monolithische Block, als der sie sich darstellt. Seit Jahren schon gibt es, von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, Austritte. Sie haben jetzt zugenommen. Aber auch Dutzende von Parteimitgliedern sind in der letzten Zeit auch ausgeschlossen worden. Einzelne Betroffene haben gegen sie gerichtete, ins Persönliche gehende Pressionen dieser Zeitung mitgeteilt.

Präzise Zahlenangaben über Ausschlüsse und Austritte sind kaum möglich, da die Auseinandersetzungen von der Partei nach außen hin verdeckt geführt werden und die Gemaßregelten zumeist nicht oder noch nicht an die Öffentlichkeit treten wollen. Auf Meldungen über Ausschlüsse und Austritte reagiert die DKP mit Gegendarstellungen. Auf diese Weise hat die Partei auch eine Meldung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 15. Februar beantwortet, in der es geheißen hatte, daß in Marburg „50 (Kommunisten) ihrer Mitgliedschaft verlustig“ gegangen seien. Die Zahl sei „vielleicht ein bißchen hoch gegriffen“, meint Günter Platzdasch aus dem Marburger Collegium Gentium, der hingegen die in jener Nachricht ebenfalls genannte Zahl von 40 Ausgeschlossenen und Ausgetretenen bei dem West-Berliner Pendant zur DKP, der SEW, „ziemlich realistisch“ findet. Platzdasch gehört zu den in Marburg ausgeschlossenen DKP-Mitgliedern.

Auf die die SEW betreffende Zahl war in der Gegendarstellung ebenso wenig eingegangen worden wie auf die in der Meldung enthaltene Bemerkung, daß es ähnliche Vorgänge auch in Nordhorn gegeben habe, daß es sich um „Dutzende“ von Parteimitgliedern, um einen „Massenausschluß“, eine „Säuberungswelle... auf Druck aus Moskau und Ost-Berlin“ hin handele und daß Anlaß für das Verfahren der DKP in-

nerparteilicher Unmüt nach der Ausweisung des Liedersängers Biermann und anderer Künstler aus der DDR sowie die Verhaftung des Ost-Berliner Systemkritikers Rudolf Bahro waren. Dieser Unmut hat sich hauptsächlich gegen die Art und Weise gerichtet, mit der die Parteiführung Diskussionen über die Ereignisse, wie es heißt, „abschnitt“. Nicht dementiert worden ist auch die Notiz, daß es ein gutes halbes Jahr vor dem DKP-Parteitag in Mannheim in den Parteigliederungen Unstimmigkeiten in der Bewertung des Eurokommunismus und der Frage des zentralen Führungsanspruchs der Sowjetunion — die eine Frage gar nicht sein darf — gibt. Die auf die Marburger Zahl konzentrierte Gegendarstellung sollte suggerieren, daß mithin an der ganzen Meldung nichts sei.

„Es gibt diese Ausschlüsse. Die Gegendarstellung ist in ihrem Kern ungerechtfertigt“, sagt ein ausgeschlossener Bauzeichner aus der Heidelberger Gegend, dessen Name der Redaktion bekannt ist. Die Ausschlüsse hätten sich in erster Linie gegen jene Parteimitglieder gerichtet, denen die Parteispitze in der „eurokommunistischen Diskussion innerhalb der DKP“ eine „führende Rolle zutraut“; es könne in der Tat von einer „Säuberungswelle“ in der DKP die Rede sein. Parteinterne Kritiker würden „massiv und unverblümt aufgefordert“ auszutreten. Auf andere, die sich den geforderten Wirkungen von „Diskussionen“ verschlossen, werde „nachhaltig Druck bis in die Privatsphäre hinein ausgeübt, etwa durch „Hausbesuche“. Warum dies alles? Erstmals in der Geschichte der Partei, so teilen süddeutsche „Dissidenten“ mit, schlossen sich bei DKP, SDAJ und MSB Spartakus „ausgebootete Einzelpersonen in Regionalgruppen zusammen“, wie „im Raum Ludwigshafen/Mannheim/Heidelberg oder in Bochum“.

„Es gibt da ein differenziertes Instrumentarium von Pressionen“, weiß ein Betroffener aus dem Westdeutschen, der mit Namen nicht erwähnt werden will, da er „schon genug mit Schmutz beworfen“ werde. Die „Maßnahmen“ der Partei seien gestaffelt und reichten

### 3 Ausschlüsse und Austritte aus der DKP

von „Isolierung“ bis Ausschluß, ein Mittel, zu dem die DKP nur in Notfällen greift. Wenn immer es geht, versucht sie, von den Unbotmäßigen Austrittserklärungen zu erreichen. Denn Ausschlüsse müßte die Partei begründen, Austritte kann sie mit dem Hinweis kommentieren, man könne niemandem verbieten, sein Glück anderswo zu versuchen. Die Begründungslast fällt auf den Ausgetretenen.

Und doch werden „einzelne demonstrativ und mit zum Teil an den Haaren herbeigezogener Begründung rausgeschossen“, wie der Bauzeichner sagt, „um da endlich Ruhe zu haben“.

Ruhe vor wem? Vor einem Kiewenheim etwa, Mitbegründer des MSB Spartakus, der unlängst öffentlich nach „individueller politischer Freiheit“ verlangte, oder einem Platzdasch, der seinen Ausschluß von ihm publizierten Hinweisen auf einen noch immer latenten „Stalinismus“ in der DKP verdankt. Platzdasch berichtet von „erheblichen Schwierigkeiten mit der Linie“, etwa „in Nordhorn und Tübingen“, wo die Partei Abgeordnete habe. Auch auf „Vorgänge“ im Münchener Raum gibt es inzwischen Hinweise. Es handelt sich nicht nur um junge Leute. Unter den Betroffenen ist manches gestandene Parteimitglied.

Auf eurokommunistische Schriften (Carillo, Elleinstein) beispielsweise berufen sich die Bochumer DKP-Kritiker Michael Zimmermann, Mathias Garte und Klaus Riepe etwa, allesamt inzwischen aus der DKP ausgeschlossen oder ausgetreten. Der Kreisvorsitzende der DKP Bochum selbst, Egon Koitka, hat diese Namen in seinem internen Referat auf der Bochumer „Aktivtagung“ vom 9. Februar, in dessen Besitz diese Zeitung ist, genannt. Zimmermann nennt Ausführungen des Chefredakteurs der DKP-Zeitung „uz“, „Politik“, „stalinistisch“, wie das Redemanskript Koitkas ausweist, und Garte schreibt rückblickend: „Einzige Alternative zur kommunistischen Monolithik wäre ein innerparteilicher Pluralismus gewesen, wenn schon ein politischer Pluralismus... nicht möglich schien.“

Der Bochumer Historiker Peukert, der vor einiger Zeit schon die Partei verlassen hat, fordert, wie Koitka aufgebracht seinen Genossen darlegt, ähnlich Frivoles: „Eine wirklich demokratische Haltung zu innerparteilichen Diskussionsprozessen müßte sich auch in der Achtung der verschiedenen sogenannten Abweichungen als Varianten innerkommunistischer Diskussion widerspiegeln“.

Er fordert es mit Sicherheit vergeblich. Man werde sich die „Kommunistische Weltbewegung durch „Aufspaltung in viele Zentren“ nicht schwächen lassen, sagt der führende DKP-Funktionär vor Getreuen. Das durch und durch „unkommunistische“ Verlangen nach „Trennung von Partei und Staat“, also die These von der „Anerkennung der Rolle des Parlaments und eines möglichen Regierungswechsels“, weist er brüsk als „Verrat im Sinne Lenins“ Solcherart „Revision von Grundprinzipien einer kommunistischen Partei“, werde es, bekräftigt er, niemals geben.

Koitka verdächtigt die „Dissidenten“, am „Lebensnerv“ der Partei anzusetzen, und sich „von der DDR oder der Sowjetunion abnabeln“ zu wollen. Die Partei stellt ein für allemal klar: „Die Bildung von Fraktionen ist unvereinbar mit dem einheitlichen Handeln“ der DKP, in der sich, wie es im Programmentwurf der Partei für den bevorstehenden Mannheimer Bundeskongreß heißt, „innerparteiliche Demokratie unlöslich mit dem Grundsatz der vereinigten zentralisierten Aktion“ verbindet. Ein anderer Funktionär, Günter Judick, hat vor gut einem Jahr in dem Theorieorgan „Marxistische Blätter“ die Verhältnisse unmißverständlich dargelegt: „Wer... die Arbeiterpartei in diesen Sumpf hineinziehen will... hat in dieser Partei nichts zu suchen. Wer bürgerliche Ideologie in die Arbeiterpartei einträgt, muß aus dieser Partei entfernt werden“. Dem Mitglied des Bezirksvorstandes der DKP Ruhr-Westfalen, Koitka, gelingt das Porträt des ängstlichen Ost-Ablegers in einigen wenigen Worten: „Wir lassen (uns) unsere Partei nicht zum Debattierclub machen“.

**Referat des Genossen  
Egon Koitka  
Kreisvorsitzender der  
DKP-Bochum und  
Mitglied des  
Bezirkvorstandes der  
DKP-Ruhr- Westfalen  
auf der Bochumer  
Aktivtagung am 9.2.1978**

Am 8. Dezember vergangenen Jahres stellte unsere Partei auf einer internationalen Pressekonferenz der Öffentlichkeit den Entwurf eines Parteiprogramms der DKP vor. Wir werden diesen Entwurf in den nächsten Wochen und Monaten in unseren Reihen und mit den arbeitenden Menschen unseres Landes diskutieren, um ihn dann im Oktober auf unserem Mannheimer Parteitag zu verabschieden.

Dieser Programmentwurf, soviel läßt sich schon jetzt sagen, gibt Antwort auf die brennenden Probleme der arbeitenden Bevölkerung. Er weist den Weg zu einem demokratischen Ausweg aus der Krise und zeigt die Schritte auf, die heute getan werden müssen, um morgen eine sozialistische Bundesrepublik zu erkämpfen.

Dieser Programmentwurf ist ein realistisches, revolutionäres Kampfprogramm. Er beweist, daß es die DKP versteht, die Lehren von Marx, Engels und Lenin schöpferisch unter den konkreten Bedingungen der Bundesrepublik anzuwenden. Die Vorschläge, die gemacht werden, sind gut für die arbeitenden Menschen. Sie sind aber eine Gefahr für den Imperialismus der Bundesrepublik.

Für die Imperialisten bildet der Programmentwurf deshalb eine Gefahr, weil er sich dadurch auszeichnet, daß er keine utopischen Wolkenkuckucksheime und phantasievolle Luftschlösser aufbaut, keine "Modelle", in deren dogmatische Schablonen unsere Wirklichkeit gepreßt werden soll. Statt dessen geht er von einer nüchternen Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse aus. Darauf baut er auf und steckt realistische Ziele für die nächste Etappe des Kampfes der Arbeiterbewegung in unserem Land und für den weiteren Weg zum Sozialismus ab. Heute muß es darum gehen, die nächsten konkreten Schritte zu formulieren, die auf dem Weg zu einer sozialistischen Bundesrepublik getan werden müssen.

Darum ist das Hauptziel der DKP für die unmittelbar nächste Kampfetappe die Durchsetzung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Das ist ein Ziel, das für die Arbeiterbewegung und alle demokratischen Kräfte in unserem Land im gemeinsamen Kampf durchaus erreichbar ist. In diesem Kampf werden die notwendigen politischen, ideologischen und organisatorischen Voraussetzungen für weitere gesellschaftliche Umgestaltungen bis hin zum Sozialismus geschaffen.

Eben weil dieser Programmentwurf auf den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus aufbaut, gerade weil er dabei die nationalen Besonderheiten und Kampfbedingungen unseres Landes berücksichtigt und zu realistischen Kampfzielen kommt, ist er für die Herrschenden so gefährlich. Man merkt dies an ihrer Reaktion.

Da ärgert sich der "Deutschlandfunk", daß der Programmentwurf "nichts als alte Ladenhüter aus dem Arsenal des Marxismus-Leninismus" enthält und ihm das "Flair eurokommunistischer Originalität" und "Ideologische Modernität" fehle. Das "Handelsblatt" spricht von einem "Dokument

der doktrinären Dummheit der moskauhörigen deutschen Kommunisten".

Der "Bayernkurier" spricht von der "fünften Kolonne der SED und KPdSU".

Auch der sozialdemokratische Pressedienst "ppp" bemängelt, daß "die Verfasser einen Anschluß an die reformkommunistische Bewegung, die vor allem von den kommunistischen Parteien Italiens, Spaniens und Frankreichs vertreten wird, nicht gesucht haben".

All diese Blätter scheinen es gut mit uns zu meinen, wenn sie uns kritisieren, so als ob diese Schreiber nichts sehnlicher wünschten als die Entwicklung der DKP zur Massenpartei und die baldige Errichtung des Sozialismus in der BRD. Als Mittel für einen raschen Erfolg empfehlen sie uns:

- das Abrücken von den Ländern des realen Sozialismus,
- die Aufgabe der alten "Ladenhüter" von Marx, Engels und besonders Lenin,
- die Anerkennung des bürgerlichen Pluralismus,
- die Aufgabe des Kampfes um die Ersetzung der Macht des Großkapitals durch die Macht der Arbeiterklasse,
- den Verzicht auf die Einheit von Denken und Handeln in unserer Partei.

Ist es nun ein Zufall, Genossen, daß in Bochum einige ehemalige Mitglieder unserer Partei und solche, die heute noch Mitglied sind, ideologisch-politische Plattformen und konkrete politische Aktivitäten entwickeln, die genau in die Richtung der eben zitierten Vorschläge der Herrschenden gehen? Nämlich:

- die DKP müsse sich, wenn sie Erfolg haben wolle, von der Sowjetunion und der DDR lösen, müsse statt "prinzipielle Solidarität" eine "kritische Solidarität" üben.
- Die Politik der DKP und ihre Weltanschauung sei nicht wissenschaftlich, sondern dogmatisch,
- die DKP sei keine nationale Kraft, sondern von der DDR und Sowjetunion abhängig,
- die Bündnispolitik der DKP sei nicht ehrlich, sondern nur ein Instrument zum alleinigen Nutzen der DKP,
- die DKP-Mitglieder seien eine ungebildete, dumme Masse, die unkritisch einer dogmatischen, nichtmarxistischen Führung hinterherlaufe,
- die DKP müsse sich "eurokommunistisch" orientieren, um Erfolg zu haben.

Diese Übereinstimmung ist kein Zufall. Sie hängt nicht in erster Linie damit zusammen, daß die Fürsprecher solcher Thesen vor allem aus den Reihen der Intelligenz kommen. Sicher sind diese Schichten, die den täglichen, harten Klassenkampf im Betrieb nicht erleben, die zum Teil aus bürgerlichen Familien kommen, anfälliger für solche Einflüsse.

Aber sie sind ja auch in unserer Hochschulgruppe nicht die Regel. Die Regel ist dort eine hervorragende, wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit der Genossen unserer Hochschulgruppe. Die Regel sind Genossen wie Robert Farle, der heute in Gladbeck Ratsherr unserer Partei ist. Die Regel sind Genossen Wissenschaftler, die beispielsweise mit der Krupp- und Opel-Betriebsgruppe eine hervorragende Bilanz-Analyse er-

stellt haben oder eine gute Arbeit in solchen Organisationen wie dem "Bund demokratischer Wissenschaftler" leisten. Der wirkliche Grund solcher Auffassungen muß vor dem Hintergrund der Strategie des Gegners gesehen werden.

Es ist nicht neu, daß in Situationen, in denen die gesellschaftlichen Widersprüche des kapitalistischen Systems besonders krass zu Tage treten, wenn in der Bevölkerung die Systemkritik wächst, aber auch neue, zum Teil komplizierte Fragen für die Arbeiterbewegung auftauchen, die Herrschenden alles daran setzen, die revolutionäre Arbeiterbewegung zu schwächen, daß sie versuchen, die Kommunisten zur Revision grundlegender Prinzipien zu bewegen. Das gilt heute umso mehr, da es dem Imperialismus aufgrund eines immer stärker werdenden sozialistischen Weltsystems, aufgrund einer wachsenden kommunistischen und Arbeiterbewegung und der antiimperialistischen Bewegung nicht mehr möglich ist, einen Frontalangriff gegen den Kommunismus, gegen das sozialistische Weltssystem zu starten.

Immer mehr wird ein verfeinerter Antikommunismus eingesetzt. Der ideologische Kampf gewinnt an Bedeutung. Zu diesem Zweck wurde bereits vor Jahren in den USA von der Rockefeller-Gruppe eine trilaterale Kommission gebildet, um solche Strategien auszuarbeiten, die dem US-Imperialismus die führende Rolle in der Welt sichern sollen.

Einer der führenden Köpfe dieser Kommission war und ist der jetzige Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter. Für diesen Herrn gibt es "gute" und "schlechte" Kommunisten.

Für "gut" hält der US-Imperialismus "Kommunisten", die

- sich von der Sowjetunion distanzieren,
- auf die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und mit ihr verbündete Schichten verzichten und die "Demokratie"-Vorstellungen des Großkapitals unterstützen, was sie als "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" tarnen,
- die auf das Prinzip des "demokratischen Zentralismus" verzichten.

Wir finden hier all das wieder, was die Bourgeoisie seit jüngster Zeit unter dem Begriff "Eurokommunismus" verkauft und was auf nichts anderes hinausläuft, als die Kommunistische Weltbewegung durch "Aufspaltung in viele Zentren" zu schwächen.

Denn - das wissen die Herren sehr gut - die Stärke der Kommunisten liegt in ihrer Einheit, liegt in der Losung, die über dem "Kommunistischen Manifest" steht: "Proletarier aller Länder, vereinigt euch".

Die Stärke der Kommunisten liegt in ihrer wissenschaftlichen Weltanschauung begründet, wie sie vor 130 Jahren im Kommunistischen Manifest niedergelegt wurde. Gibt es eine bessere Bestätigung für die Richtigkeit unserer Weltanschauung als die Tatsache, daß auf dem Boden des Kommunistischen Manifestes die mächtigste revolutionäre Bewegung entstand, die es jemals auf der Welt gegeben hat?

Die Stärke der Kommunisten liegt darin, daß ihre Ideen nicht auf dem Papier stehen blieben, sondern in den sozialistischen Ländern Wirklichkeit wurden. Allen voran in der Sowjetunion.

Was haben die **Verfechter des "Eurokommunismus"** diesen nachprüfbaren Erfolgen entgegen zu setzen?

Eben nichts. Aber gerade darum versuchen Brzezinski und Co., je mehr die kommunistische Bewegung als Faktor der weltweiten Entwicklung ins Gewicht fällt, sie zu zersplittern und als internationalistische Kraft unwirksam zu machen. Dazu setzen sie auch Kampagnen, wie die "Menschenrechtskampagne" oder den Theaterdonner um sogenannte "Dissidenten", wie beispielsweise über **Biermann**, in Gang.

Und es ist kein Zufall, daß inzwischen ausgetretene Mitglieder unserer Partei wie Detlev Peukert, Michael Zimmermann und Mathias Garte sich mit einem Biermann solidarisiert haben. Ebenso die Mitglieder unserer Partei wie Klaus Riepe oder Jutta Kolkenbrock-Netz.

Nachdem sie ausgetreten sind, berufen sich Peukert, Zimmermann und Garte unverhohlen auf den "Eurokommunismus" und führen ihre Attacken gegen unsere Partei unter dem Vorwand einer angeblichen "Geschichtskritik" und der Kritik am Geschichtsbild der DKP.

Die Genossin **Jutta Kolkenbrock-Netz** übt Kritik an unserer Partei unter Berufung auf den französischen Philosophen Althusser. Sie kommt aber - und das ist nicht erstaunlich - von ihrem Ansatz her zu ähnlichen oder gleichen Ergebnissen wie Peukert, Zimmermann und Garte.

Dazu einige Einzelheiten.

Was sagen sie, was wollen sie, worum geht es ihnen?

Eines muß ganz klar festgestellt werden: Ihr Ausgangspunkt ist nicht die Frage, welche Antworten eine revolutionäre Partei auf die Probleme unserer Zeit geben muß.

Ihr Ausgangspunkt ist der Angriff gegen unsere Partei, gegen ihre Antworten auf die Fragen unserer Zeit, gegen ihre Strategie und Taktik, gegen die Grundlage unserer Politik, dem wissenschaftlichen Sozialismus. Sie führen diesen Angriff unter der Losung "Freiheit der Kritik".

Da polemisiert Jutta Kolkenbrock-Netz in einem Artikel dagegen, daß wir unsere marxistische Weltanschauung als wissenschaftlich betrachten. Sie sagt dazu: "Einem solchen System gegenüber gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder totale Unterwerfung - ... oder totale Gegnerschaft; wer an ihr zweifeln sollte, begibt sich ... auf eine "feindliche Position".

Was sie "zweifeln" nennt, ist nichts anderes als die Weigerung, Partei zu ergreifen. Daher verfehlt sie den "Trick" Althussters, Wissenschaft und Parteilichkeit seien miteinander unvereinbar. "Wissenschaft", so schreibt sie, "existiert allein in der Praxis eines andauernden Bruchs mit den alltäglichen 'Gewißheiten' sich aufdrängender Ideologien". Sie betont, daß sich theoretische Arbeit in "relativer Autonomie", also unabhängig, sozusagen in einem keimfreien Raum vollziehe. Damit verschaffen sich diese Leute ein Alibi, die in der Praxis längst bestätigte Richtigkeit der marxistischen Weltanschauung anzugreifen und für bürgerliche Einflüsse zu öffnen. Wenn man wie sie davon ausgeht, daß unsere Weltanschauung nicht mehr die Weltanschauung der Arbeiterklasse ist, daß ihre Parteilichkeit nicht darin besteht, ihr ganzes Wirken darauf zu richten, den Sozialismus zu erkämpfen,

wenn man sie zu einer "unparteilichen Wissenschaft" erklärt, die nichts weiter ist als "ein Kampfplatz, wo gegnerische Klingen sich kreuzen", also nicht mehr Anleitung zum Handeln, dann nimmt man damit der revolutionären Arbeiterbewegung ihre schärfste Waffe.

Dann kommt man auf jene schiefe Bahn wie Jutta Kolkenbrock-Netz und hält die konsequenten marxistischen Positionen der DKP für "Dogmatismus" und beschimpft die Mitglieder der DKP als "Theoriefeindlich", die sich hinter "einem Schutzwall dogmatischer Gewißheiten verschancen".

Wie ähnlich klingt es doch bei Peukert, der über die prinzipienfeste Verteidigung der unabänderlichen Grundwerte des Marxismus-Leninismus der DKP spottet, die sich, so Peukert, "bei näherem Hinsehen in der Regel als der Lektionenkanon jener stalinistischen Parteischulen entpuppen, auf denen die meisten DKP-Funktionäre ihre ideologische Ausstattung erhalten haben".

Er sagt klar, worauf diese sogenannte Kritik hinauslaufen soll: "Eine wirklich demokratische Haltung zu innerparteilichen Diskussionsprozessen müßte sich auch in der Achtung der verschiedenen sogenannten Abweichungen als Varianten innerkommunistischer Diskussion widerspiegeln".

Noch verständlicher hat das Mathias Garte zu Papier gebracht: "Einzige Alternative zur stalinistischen Monolithik wäre ein innerparteilicher Pluralismus gewesen, wenn schon ein politischer Pluralismus, welcher der sozialen Vielfalt entsprechen hätte, nicht möglich schien".

Das, was er hier für die KPdSU verlangt, wollte er natürlich auch in der DKP durchgesetzt sehen.

Damit ist es eindeutig heraus, was sie möchten: Preisgabe der Grundlage unserer Politik, der Ideen von Marx, Engels und Lenin. Revision von Grundprinzipien einer kommunistischen Partei.

Das ist nichts anderes als Revisionismus und Opportunismus, welcher in letzter Konsequenz dem Klassegegner dient.

Ich will auf einige Beispiele eingehen, die besonders deutlich machen, wohin der Zug gehen soll.

Um wesentliche Grundsätze unserer Politik, die die gesamte Partei auf ihrem Bonner Parteitag einmütig beschlossen hat, angreifen zu können, geht man mit dem Schlagwort hausieren, die DKP sei - ebenso wie die SED und KPdSU - stalinistisch.

Damit befinden sie sich in trauter Gemeinschaft mit Leuten wie den Millionären und Reaktionären Solschenizyn und Biermann, in Übereinstimmung mit rechten Sozialdemokraten und Reaktionären wie Strauß und Dregger.

Davon ausgehend erteilen diese "neuen marxistischen Theoretiker und Führer" unserer Partei dann die entsprechenden Ratschläge, wie wir unsere Politik richtig anzulegen haben. Denn immerhin gibt es laut Peukert und Zimmermann seit 1928 keine marxistische Führung in der kommunistischen Partei unseres Landes mehr.

Was haben uns also diese "wahren Marxisten" zu sagen?

Erstens halten sie den realen Sozialismus in der DDR oder Sowjetunion für einen durch den Stalinismus deformierten Sozialismus, der drin-

gend verbesserungsbedürftig sei.

Zimmermann legt in einem Leserbrief an die UZ zu einem Artikel vom UZ-Chefredakteur Georg Polikeit über den Spion Bahro die Karten auf den Tisch. Dort vergleicht er die Verhaftung Bahros mit Abweichungen unter Stalin und schreibt: "Ich traue auch der DDR-Behauptung nicht, Bahro sei wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit verhaftet worden. Ich habe es schon angedeutet, oft genug wurden unbequeme Kritiker in den Ländern des realen Sozialismus unter diesem Vorwand verhaftet, vor und leider auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU... Ich möchte zum Schluß kommen. Meines Erachtens sind Polikeits Ausführungen stalinistisch".

Was sich diese Leute unter einem sozialistischen Staat vorstellen, hat Garte folgendermaßen zusammengefaßt:

- einen Staat in dem Sinne, daß er keiner Philosophie, Ideologie oder Religion den Vorrang gibt,
- der nicht auf der vollständigen letztendlichen Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche unter eine Staatspartei beruht, d.h. Trennung von Partei und Staat,
- Anerkennung des Parlamentes eines möglichen Regierungswechsels.

Das ganze klingt verlockend, ist verführerisch. Schaut man aber näher hin, so entdeckt man den Pfefferfuß. Als ob es diesen ideologiefreien Staat jemals gäbe.

Es gibt entweder die bürgerliche Ideologie, oder die sozialistische Ideologie.

Aber diese ideologische "Neutralität" für den sozialistischen Staat zu fordern, bedeutet nichts anderes, als die Weltanschauung der Arbeiterklasse die Philosophie des wissenschaftlichen Sozialismus zu verbannen, bedeutet, über die Hintertür der bürgerlichen Ideologie im sozialistischen Staat zur Herrschaft zu verhelfen.

Als ob es nie Lehren aus den Ereignissen des Jahres 1968 in der CSSR gegeben hätte. 1968 versuchte man unter gleichen oder ähnlichen Losungen, den Sozialismus zu liquidieren.

Die Liquidierung oder Verbannung des wissenschaftlichen Sozialismus aus dem sozialistischen Staat, bedeutet dasselbe wie ein Schiff auf die hohe See zu schicken, und gleichzeitig den Kompass und sämtliche nautischen Navigationsinstrumente auszubauen. Ein solches Schiff muß kentern und untergehen.

Genauso verhält es sich mit der Forderung "Trennung von Partei und Staat". Sie ist logische Konsequenz aus dem Vorhergesagten.

Ein sozialistischer Staat ohne sozialistische Ideologie, braucht auch keine Arbeiterpartei, die mit dem wissenschaftlichen Sozialismus ausgerüstet ist und aufgrund dessen die führende Rolle im Sozialismus einnimmt.

Ein solcher Staat braucht keine Führung, braucht keinen Steuermann.

Nur was das für ein sozialistischer Staat sein soll, bleibt offen.

Oder nicht?  
Die letzte These "Anerkennung der Rolle des Parlaments und eines möglichen Regierungswechsels" heißt doch nichts anderes, als daß mal die Arbeiter, mal die Bourgeoisie die Macht haben sollen. Hier haben wir aber auch wieder

den sogenannten Pluralismus, aber auch die Gemeinsamkeiten, wenn auch von anderen Ansätzen her mit Jutta Kolkenbrock-Netz. Sie behauptet unter Anlehnung an Althusser, es gäbe keine wissenschaftliche Philosophie und Weltanschauung.

Konsequent zu Ende gedacht, bedeutet dieses nichts anderes, als unserer Wissenschaft, der Lehre von Marx, Engels und Lenin, das Rückgrat zu brechen. Bedeutet nichts anderes, als der Politik unserer Partei die wissenschaftliche Grundlage abzusprechen.

Ja, letztendlich bedeutet dieses auch, die Prinzipien, nach denen unsere Partei sich organisiert, in Frage zu stellen.

Was herauskommt, ist nichts anderes als Revisionismus, ist Opportunismus.

Dagegen ist in den sozialistischen Ländern die Arbeiterlosigkeit "Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein" verwirklicht. In unserem Programmentwurf heißt es dazu: "Befreit von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung üben die arbeitenden Menschen selbst die Macht aus.

Sie gestalten gesellschaftliche Verhältnisse, die wirkliche Demokratie und dauerhafte soziale Sicherheit für das Volk garantieren. Die stabile und dynamische Entwicklung der sozialistischen Länder beweist die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus. Die Vorzüge des Sozialismus zeigen sich auch darin, wie hier Probleme, die sich aus dem raschen Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung, aus dem Beschreiten, neuer in der Menschheitsgeschichte noch nicht betretener Wege ergeben, durch das arbeitende Volk und zu seinem Nutzen gelöst werden."

Wenn Peukert in seinen Auslassungen ebenfalls so sehr das "Pluralismus-Modell" des Eurokommunismus preist und im gleichen Atemzuge von der angeblichen "Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion und DDR" faselt, dann sollte er sich vielleicht einmal hierzulande umschauen. Ein Musterbeispiel dieses Pluralismus ist beispielsweise in jüngster Zeit die Lohnauseinsetzung. Ganz "pluralistisch" greifen Unternehmerverbände, die bürgerlichen Parteien von SPD bis CDU/CSU, die Bundesregierung und sogenannte Sachverständige in nie gekanntem Ausmaß den Lebensstandard der arbeitenden Menschen an. Doch für die Arbeiter bleibt die Notwendigkeit des Kampfes. Noch stellen sie zwar nicht die Frage der Macht, aber sie setzen ihre Kraft ein, um Lohnforderungen durchzusetzen - und das können sie nur im Kampf. Mit Sozialpartnerschaft würden sie da wohl nicht weit kommen.

Und es sind nicht zuletzt die Erfahrungen der chilenischen Revolution, die beweisen, wie richtig folgende Aussagen zu diesem Problem in unserem Programmentwurf sind:

"Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Errichtung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus. Der Sozialismus gründet sich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln. Er ermöglicht damit die planvolle Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums zum Wohle des ganzen Volkes".

Das ist die Grundlage, auf der dem arbeitendem Volk tausendmal mehr Freiheit und Demokratie gegeben wird, als dies unter der Herrschaft des

Großkapitals möglich ist. Die ökonomische und politische Macht des Großkapitals ist es, die die sozialen und demokratischen Rechte der großen Mehrheit in unserem Land bedroht. Dafür gibt es in jüngster Zeit leider sehr viele Beispiele. Erst wenn diese Macht gebrochen wird - und zwar ein für allemal - kann sich das arbeitende Volk frei und ungehindert entfalten. Daher kann es im Sozialismus auch keinen Raum für diejenigen geben, die die Errungenschaften des Volkes und seine verfassungsmäßige Ordnung beseitigen wollen.

Wenn jemand Peukerts Vorstellungen über den Sozialismus folgt, ist es auch kein Wunder, daß er die DKP auffordert, sich von der DDR oder der Sowjetunion abzunabeln. Auch diese Forderung zielt auf die Schwächung der internationalen kommunistischen Bewegung, wie auf die Schwächung der DKP.

Ausgangspunkt ist wieder eine Lüge. Nämlich die, daß die DKP keine eigenständige nationale Kraft sei, sondern der - wie der "Bayernkurier" es nennt - "verlängerte Arm Moskaus und Pankows". Bei Zimmermann oder Peukert heißt das, die DKP vertrete statt der Interessen der bundesdeutschen Arbeiterbewegung die außenpolitischen Interessen der DDR und der UdSSR. Hier wird also ein Widerspruch konstruiert zwischen unserer nationalen und internationalen Haltung.

Seit 1928 habe sich die KPD - und später auch die DKP - ausschließlich an den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion bzw. nach 1949 auch an der DDR orientiert.

Wörtlich schreibt Peukert:

"Die KPD der Westzonen gerierte sich außerdem mehr und mehr als eine Art diplomatischer Vertreter der SED im Außendienst denn als Kampfpartei der westdeutschen Arbeiterklasse. . . Eine Partei, die wider allem Augenschein die progressive Verelendung Westdeutschlands und den leuchtenden wirtschaftlichen Fortschritt der DDR behauptete, um die Bundesbürger dann zum "revolutionären Sturz des Adenauerregimes" aufzurufen, hatte sich selbst schon bis an den Rand der Existenzvernichtung dezimiert, noch bevor sie das KPD-Verbotsurteil in die Illegalität trieb.

Der Haupteffekt des KPD-Verbots war daher nicht die weitere Dezimierung der KPD, sondern die innerparteiliche Konservierung der stalinistischen Verhaltensformen und Führungsstrukturen . . . "

Diese Verhöhnung des Kampfes der deutschen Kommunisten für eine fortschrittliche Verfassung, deren Ergebnisse sich heute noch in manchen Artikeln von Landesverfassungen widerspiegeln, diese Verhöhnung des Kampfes gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik spricht eindeutig ein vernichtendes Urteil über den Verfasser.

Nicht die Verfolgung durch das Adenauer-Regime, nicht das Verbot der KPD, nicht die Einkerkierung tausender Genossen und die Verfolgung hunderttausender Demokraten haben der KPD geschadet, sondern ihr brüderliches Verhältnis zur DDR!

Das allerdings nenne ich Originalton Antikommunismus! Natürlich stößt Zimmermann getreu seinem Lehrmeister in dasselbe Horn und geifert gegen die "unkritische Treue der DKP zu den Ländern des realen Sozialismus". Ein bißchen mehr Kritik bitte!

Na, Brzezinski wird sich über diese "guten"

Kommunisten freuen.

Was hieße denn Distanzierung von den sozialistischen Ländern?

Es hieße Distanzierung von denjenigen Ländern, die am entschiedensten für den Frieden, für internationale Entspannung und Abrüstung kämpfen. Sie waren schließlich aufgrund ihrer politischen, wirtschaftlichen Stärke die Hauptkraft bei der Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz.

Distanzierung von den sozialistischen Ländern hieße Distanzierung von jenen Ländern, die für den Kampf der fortschrittlichen Kräfte in aller Welt den letzten Knopf hergeben würden. Wer hat denn einen entscheidenden Beitrag zum Sieg des vietnamesischen Volkes oder des Volkes von Angola geleistet, wenn nicht diese Länder? Wer hat denn bei der Zerschlagung des Hitler-Faschismus die entscheidende Rolle gespielt, wenn nicht die Sowjetunion? Wer gibt denn mit dem Aufbau des Sozialismus und dem Übergang zum Kommunismus den unterdrückten Völkern ein leuchtendes Beispiel, wenn nicht die sozialistischen Länder, mit der Sowjetunion an der Spitze. Warum wendet denn der Imperialismus alle Mittel, Lügen, Verleumdungen auf, um die Wahrheit über die sozialistischen Länder zu verdrehen? Wäre das nötig, wenn der reale Sozialismus so unattraktiv wäre?

Es ist an dieser Stelle nicht nötig, den Unsinn zu widerlegen, die DKP sei keine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik. Unser Programmwurf ist der Gegenbeweis. Und der Gegenbeweis sitzt hier dutzendfach im Saal: jeder Genosse unserer Partei, der im Betrieb, in der Gewerkschaft, in seinem Wohngebiet oder an der Hochschule täglich für die Interessen der arbeitenden Menschen kämpft, sich einsetzt, wird diese Lüge als persönliche Beleidigung empfinden müssen. Notwendig ist es aber, in aller Deutlichkeit mit unserem Programmwurf festzustellen: "Die DKP handelt stets im Geiste des proletarischen Internationalismus ... Eingedenk des internationalen Charakters der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse lehnt die DKP entschieden alle Versuche ab, im Klassenkampf Nationales und Internationales einander entgegenzustellen.

Jede kommunistische Partei erarbeitet ihre Politik selbständig. Sie trägt hierfür die Verantwortung vor der eigenen Arbeiterklasse und Nation und zugleich vor den Werktätigen aller Länder. Die Internationalisierung des Klassenkampfes nimmt zu. Der Zusammenschluß der reaktionären Kräfte über die Ländergrenzen hinweg schreitet voran. Aus dem Erstarken des Sozialismus und der Verschärfung der kapitalistischen Krise ergeben sich neue Möglichkeiten für weitere Fortschritte im revolutionären Weltprozeß. Angesichts dieser Entwicklung gewinnen die internationalistische Solidarität und das koordinierte Handeln der kommunistischen und Arbeiterparteien immer mehr an Bedeutung. Die DKP weist alle Angriffe auf die bewährten Grundsätze der internationalistischen Zusammenarbeit der Arbeiterklasse und ihrer Parteien, die sich auf die gemeinsame Weltanschauung, auf den gemeinsamen Kampf gegen den gleichen imperialistischen Gegner und auf das gemeinsame Ziel,

den Sozialismus gründet, mit Entschiedenheit zurück. Sie wird stets ihre internationalistische Pflicht erfüllen." Zu einigen weiteren Thesen der selbsternannten "Supermarxisten" wie Peukert und Co.. Ganz konkret bemühen sie sich, einen Keil zwischen die Führung und die Mitglieder unserer Partei zu treiben. Wenn Jutta Kolkenbrock-Netz meint, die DKP sei dogmatisch, so behaupten Peukert, Zimmermann, Garte und einige andere, die Führung unserer Partei sei gar keine marxistische Führung. Dazu Peukert im Original:

"Innerparteiliche Voraussetzung für die Lebensfähigkeit und Wirklichkeitsnähe der kommunistischen Bewegung ist die Entfaltung einer breiten schöpferischen Diskussion und Meinungsvielfalt, verbunden mit der darauf fußenden Herausbildung einer stabilen marxistischen Führung, d.h. für die deutsche KP die Rückgewinnung einer spätestens 1928 mit der Zerschlagung des marxistischen Zentrums unterbrochenen und unter den Bedingungen der Illegalität nur rudimentär wiederaufgenommenen Tradition".

Im Klartext: wir haben keine marxistische Führung und um sie wieder zu gewinnen, brauchen wir Peukert, Zimmermann u.a. Unter Tradition verstehen Peukert und seine Gesinnungsgenossen hier die rechtsopportunistische Politik der Thalheimer-Gruppe, die er "Garanten der Massenorientierung" nennt. Denjenigen dagegen, die die KPD in der Weimarer Zeit zu einer revolutionären Massenpartei mit sichtbaren Erfolgen machten - die Genossen um Ernst Thälmann, unterstellt er "ganz an persönlichen Interessen orientiertes Verhalten". Sie hätten die "politischen Kontroversen durch den Cliquenkampf überlagert."

Mit solchen Geschichtsfälschungen gibt der Autor einen wahrlich würdigen Einstand als anti-kommunistischer bürgerlicher Geschichtswissenschaftler!

Zimmermann folgt getreu seinem Vorbild Peukert. Er meint, die Geschichtsschreibung der DKP sei vorwiegend "an großen Persönlichkeiten" orientiert und komme einer "Heiligenverehrung" gleich. Entsprechend beschimpft er die Mitglieder der DKP - die ihm nicht folgen - sie liefen kritiklos und autoritätshörig den Parteileitungen hinterher. Außerdem spricht er ihnen noch ab, einen eigenen Verstand zu besitzen. Dazu ein Zitat: "Rezensionsliteratur prägt aber nicht in unwesentlichem Maße den politisch-ideologischen "Alltagsverstand" eines bundesdeutschen Kommunisten". Aber weil dem so ist, schreibt Zimmermann, würden wir in einer Ghetto-Mentalität leben und die Augen vor den realen Gegebenheiten des nationalen und internationalen Klassenkampfes verschließen. Wörtlich: "Eine Partei, in der die skizzierte Geschichts- und Politikauffassung vorherrscht, dürfte es schwer haben, eine effektive innerparteiliche Demokratie zu entfalten, eine Bündnispolitik jenseits jedweder Instrumentalisierung und Doppelzüngigkeit zu entwickeln oder gar die nationale Realität der Bundesrepublik in ihrer Komplexität zu analysieren ..."

Zusammengefaßt also:

Bei uns gibt es keine innerparteiliche Demokratie, unsere Bündnispolitik ist nicht ehrlich und wir sind nicht in der Lage, die Wirklichkeit in der Bundesrepublik zu analysieren. Und das alles, weil die Mitglieder autoritätshörig sind

und den Leitungen hinterherlaufen. Dahinter verbirgt sich ein Angriff auf jene Organisationsprinzipien, die die Stärke einer kommunistischen Partei ausmachen: Das ist ein Angriff auf die Tatsache, daß sich in der DKP breite innerparteiliche Demokratie unlöslich mit dem Grundsatz der vereinigten zentralisierten Aktion verbindet.

Dazu ein Zitat aus dem Programmentwurf:  
"Die Teilnahme aller Parteimitglieder an der Diskussion und Erarbeitung der Politik der DKP, die Rechenschaftspflicht der gewählten Funktionäre und Vorstände verbinden sich mit der Anerkennung der Verbindlichkeit der Beschlüsse der Parteitage und des Parteivorstandes für die gesamte Partei ... die Bildung von Fraktionen ist unvereinbar mit dem einheitlichen Handeln der Partei."

Und genau das ist es, was sie knacken wollten. An diesem Lebensnerv unserer Partei wollten sie ansetzen, um ihre unmarxistischen, im Grunde konterrevolutionären Ansichten ungehindert in der Partei verbreiten zu können.

Was sind das für "Kommunisten", die, um ihr eigenes Süppchen zu kochen, bereit sind, in dieser Situation die Partei zu schwächen. In einer Situation, in der wir gegen enorm scharfe Angriffe der Reaktion dabei sind, den Masseneinfluß unserer Partei auszuweiten und sie mitgliedermäßig zu stärken. In einer Situation, in der es auf eine starke kommunistische Partei ankommt, um die Angriffe der Bourgeoisie auf die arbeitende Bevölkerung abzuwehren.

Aber die Verantwortungslosigkeit und Skrupellosigkeit dieser Leute blieb nicht auf Worte beschränkt. Es wurden ganz konkrete Vorstöße unternommen, um diese Forderungen durchzusetzen.

Die ersten Diskussionen innerhalb der Partei tauchten bereits auf einer UZ-Leserversammlung unserer Hochschulgruppe im Januar 1976 auf. Damals wurde der Partei und insbesondere ihrer Führung unter dem Deckmantel der UZ-Kritik bereits von Genossen wie Jutta Kolkenbrock-Netz "Stalinismus" vorgeworfen. Man verlangte beispielsweise schon damals den vollen Abdruck irgendwelcher eurokommunistischer Dokumente und Meinungen in der UZ.

Es schloß sich Ende des Jahres die Diskussion um die berechnete Aberkennung der DDR-Staatsbürgerschaft von Biermann an. Damals hatte eine ganze Reihe von Genossen Fragen. Vieles war ihnen nicht klar.

Heute meinen wir, diese Fragen und Unklarheiten wurden von jenen ausgenutzt, um die es heute Abend geht. Sie organisierten Unterschriftenkampagnen und ließen Leserbriefe an die UZ unterschreiben, die sie verfaßt hatten. Außerdem unterhielten sie engen Kontakt zu Gesinnungsfreunden in anderen Universitätsstädten, um ihre Aktionen zu koordinieren.

Zimmermann sammelte damals Unterschriften für einen Leserbrief, in dem er folgendes feststellte: "Die Entscheidung der DDR-Staatsorgane, Wolf Biermann auszuweisen, schadet den Kommunisten in der BRD, behindert sie vor allem in ihrer Bündnispolitik für den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte. Gleichzeitig fragen wir uns ernsthaft; ob ein solcher Schritt den Kommunisten in der DDR in ihrer ideologischen Ausein-

andersetzung mit Positionen, wie sie durch Wolf Biermann repräsentiert werden, nützt ... Wir verurteilen die Begrüßung der Ausweisung Biermanns aus der DDR durch die UZ. Unseres Erachtens ist es nicht die Aufgabe bundesdeutscher Kommunisten, jede Maßnahme der DDR-Staatsorgane - zumal in solch unreflektierter Form - gutzuheißen. Haben wir etwa diese Ausweisung initiiert?... Aus all diesen Gründen halten wir eine offene Diskussion des Problems Biermann in der UZ, ebenso wie in DKP und MSB für sinnvoll und notwendig ... "

Noch einen Ton schärfer konnten es damals Genossen wie Jutta Kolkenbrock-Netz und Klaus Riepe. Sie schrieben:

"Wir fordern, daß unsere Erklärung in der Donnerstagsausgabe vom 18.11. spätestens in der Freitagsausgabe vom 19.11. erscheint."

Sie erhoben die Forderung, daß sich die DKP öffentlich für die Wiedereinreise Biermanns einsetzen sollte. Schließlich vertrete Biermann nicht, wie die UZ behauptet habe, die Ideologie des Großkapitals. Wörtlich: "Seine Aussagen zur DDR-Wirklichkeit müssen unter Marxisten diskutiert werden."

Nun, die UZ, die Partei haben auf diese Briefe mit sachlichen Antworten und einer geduldischen Diskussion reagiert. Im Rahmen dieser Diskussion ist es gelungen, die überwiegende Mehrzahl der Unterzeichner der genannten Leserbriefe von ihrer falschen Haltung und der richtigen Position der Partei zu überzeugen.

Wie gesagt, die meisten Genossen haben dies nach ausführlicher Diskussion erkannt. Nur einige wenige so Jutta Kolkenbrock-Netz, Klaus Riepe u.a. beharren auf ihrem damaligen Standpunkt.

Aber damit nicht genug. Unter dem Anspruch marxistische Theorie zu diskutieren wurden außerhalb der Partei marxistische Zirkel gebildet.

Eine bestimmte, wenn auch traurige Berühmtheit erlangte ein sogenannter "Althusser-Arbeitskreis". Angeblich sollte es in diesem Arbeitskreis "bloß" um theoretische Diskussionen gehen, weil ihnen die Partei dies nicht entsprechend bieten könne. In Wirklichkeit kristallisierte sich dieser Arbeitskreis immer mehr zu einem Zentrum heraus, in dem nicht nur theoretische Diskussionen stattfanden.

Als dieses auf den entschlossenen Widerstand der Genossen der Leitung der Wohngebietsgruppe Steinkuhl/ Querenburg stieß und sie mit einer Parteiordnungsmaßnahme gegen Teilnehmer des Arbeitskreises reagieren wollten, wurde der Gruppenvorsitzende von dem mittlerweile ausgeschlossenen M. Garte als Polizeihund beschimpft. Aber auch damit nicht genug!

Auf einer Mitgliederversammlung der Wohngebietsgruppe Steinkuhl am 14. Juni 1977 wurde ein Antrag eingebracht, mit dem unser Statut revidiert werden sollte.

Darin fordern sie die Mitglieder auf, den Vorstand zu rügen, weil er mit der Ankündigung ein Schiedsverfahren gegen einige Genossen zu beantragen, theoretische Diskussionen - eben dieses Althusser-Arbeitskreises - disziplinieren wolle.

Gefordert wurde, die Mitarbeit in diesem oder anderen parteifeindlichen Arbeitskreisen als "sinnvoll" zu erklären und gleichzeitig die Vor-



aussetzungen für die "Rückvermittlung solcher Diskussionen in Mitgliederversammlungen und der Bildungsarbeit" zu schaffen.

Damit liegen die Absichten offen auf dem Tisch: Eine Gruppe von Genossen und Nicht-Mitgliedern wollte sich das Recht genehmigen lassen, ihre- zudem noch antikommunistischen und anti-sowjetischen Parolen in die Partei hineinragen zu dürfen.

Das Kreissekretariat beschäftigte sich mit diesem Antrag und wies ihn entschieden zurück. Gleich in welchem Zusammenhang, es tauchen immer wieder dieselben Namen auf, es tauchen, wenn Auch von unterschiedlichen Ansätzen her, immer wieder dieselben theoretischen und politischen Positionen auf. Und einer steht immer wieder im Mittelpunkt: Peter Schöttler bzw. der "Verlag zum Studium der Arbeiterbewegung" kurz VSA-Verlag genannt. Schöttler ist hier Mitherausgeber.

Schöttler organisierte auch die Teilnahme von Zimmermann, Garte und Peukert an einem Seminar des sogenannten "Arbeitskreises Westeuropäischer Arbeiterbewegung" in Westberlin, auf dem die schon Angesprochenen entsprechende Referate gehalten haben, aus denen vorhin einiges zur Verdeutlichung ihrer politischen Heimat zitiert wurde.

Damit ist klar, daß diese Leute eine politische Plattform erarbeitet haben, die nicht mit der Politik unserer Partei übereinstimmt. Damit ist aber auch klar, daß sie mittlerweile zu einer Fraktion geworden sind. Diejenigen Genossen, die diesem Kreis noch angehören und noch Mitglieder unserer Partei sind - wie Jutta-Kolkenbrock-Netz und Klaus Riepe - können sich folglich nicht mehr darauf hinausreden, sie wollten ja bloß diskutieren. Das, was sie tun, ist zu einem Politikum geworden, mit dem sich die Partei nicht abfinden kann und darf.

Wir haben lange diskutiert. Sowohl in der Hochschulgruppe als auch in Wiemelhausen. Führende Genossen wie Willi Gerns und Robert Steigerwald haben sich an dieser Diskussion beteiligt. Die Haltung der Partei ist klar und eindeutig erläutert und begründet worden, ebenso wie die Positionen der Leute vom Althusser-Arbeitskreis bzw. vom "Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung" als unmarxistisch widerlegt worden sind.

Heute kann nicht mehr davon die Rede sein, hier handele es sich um zweifelnde, fragende Genossen; hier geht es darum unter dem Stichwort "solidarische Kritik" oder "Freiheit der Kritik" bzw. Kritik am Geschichtsbild der DKP mit einer eigenen politischen Plattform und in organisierter Weise Grundsätze der DKP, so wie sie vom Bonner Parteitag bekräftigt wurden, zu verändern.

Aber hier hat jede Kritik für uns ein Ende.

Wir Kommunisten brauchen nun wirklich keinen Vergleich mit irgendeiner anderen, dem kapitalistischen System verbundenen Partei, in Sachen Kritik und Selbstkritik zu fürchten. Für Kommunisten in kapitalistischen wie sozialistischen Ländern gehört die Kritik und Selbstkritik zu einer unerläßlichen und ständigen Vorwärtswicklung.

Wer die tatsächliche und ständige Kritik, die die Kommunisten der sozialistischen Länder an

den Mängeln und Schwächen ihrer Arbeit, wie sie in den Dokumenten der Bruderparteien, in den Zeitungen, auf Versammlungen, so jüngst bei der Diskussion der neuen Verfassung der UdSSR, praktiziert wurde, verneint, der ist entweder unwissend oder spricht wider besseren Wissens.

So aufgeschlossen wir für jeden kritischen Rat sind, so sehr wir uns täglich darum bemühen, vom Kampf der Arbeiter und der demokratischen Kräfte zu lernen, so sehr achten wir auf die Stabilität unseres theoretischen Fundaments, auf die weltanschauliche Festigung unserer Partei und den klaren Kurs ihrer Zeitung, der UZ.

Nicht selten wird die falsch verstandene "Freiheit der Kritik" unter Berufung auf die Mitbegründerin der KPD, Rosa Luxemburg, verlangt. Dazu eine klare Aussage von Rosa Luxemburg selbst:

"Die Selbstkritik in unserer Partei erfüllt bloß dann ihren Zweck, der Entwicklung zu dienen, und ist demgemäß bloß dann zu begrüßen, wenn sie sich eben auf der Linie unseres Kampfes bewegt. Alle Kritik, die unseren Klassenkampf zur Verwirklichung des Endziels kräftiger, klarer, ziel-sicherer macht, verdient den größten Dank. Eine Kritik aber, die dahin strebt, uns zurück-zuentwickeln, uns überhaupt zum Verlassen des Klassenkampfes und zu Aufgeben des Endziels zu bringen, diese Kritik ist nicht mehr ein Faktor des Fortschritts und der Entwicklung, sondern des Verfalls und der Zersetzung...".

Und immer noch Rosa Luxemburg:

"So findet auch die "Freiheit der Kritik" an unserem Wesen selbst als einer politischen Partei ihre praktischen Grenzen. Das, was uns selbst ausmacht: der Klassenkampf, kann einer "freien Kritik" in unserer Partei nicht unterliegen. Wir können nicht im Namen der "Freiheit der Kritik" einen Selbstmord begehen, der Opportunismus läuft aber darauf hinaus, uns, wie Bebel sagt, das Rückgrat zu zerbrechen, also unsere Vernichtung als Partei des Klassenkampfes zu bewirken ...

Wir brauchen unsere Ohren vor einer von außen kommenden Kritik auch in Bezug auf diese Grundsätze nicht zu verschließen. Wir müssen aber, solange wir sie als den Boden unserer Existenz als Partei betrachten, an diesen Grundsätzen festhalten und sie auch nicht von unseren Mitgliedern erschüttern lassen.

Hier können wir nur eine Freiheit gewähren: Die Freiheit der Zugehörigkeit oder der Nichtzugehörigkeit zu unserer Partei. Wir zwingen niemanden mit uns in Reih und Glied zu marschieren, tut es aber jemand freiwillig, so müssen wir bei ihm die Zustimmung zu unseren Prinzipien voraussetzen!" (Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 1/1, S. 527/528 Dietz-Verlag, Berlin).

Darum geht es Genossen. Unsere Stärke als kommunistische Partei ist die Einheit unserer Mitglieder, ihr einheitliches Handeln auf der Grundlage der Ideen von Marx, Engels und Lenin. Geschwächt werden wir dann, wenn wir um der formalen Einheit und um der bloßen Mitgliederzahl willen in unseren Reihen Opportunisten welcher Schattierung auch immer dulden. Darum haben uns der Ausschluß Gartes und der Austritt Zimmermanns sowie einiger weniger anderer ehemaliger Mitglieder auch nicht geschwächt, sondern gestärkt. Gestärkt, weil

ihre Aktivitäten die Arbeit der Gruppen teilweise gelähmt hat, gestärkt, weil die Diskussion in diesem Zusammenhang die Mitglieder insgesamt ideologisch gefestigt hat.

Wenn von der Behinderung unserer Arbeit, unseres täglichen Kampfes für die Interessen der Arbeiterklasse in unserer Stadt die Rede ist, dann muß auch hier darauf hingewiesen werden, daß das Sekretariat unzählbare Stunden für diese Auseinandersetzung opfern mußte.

Ganz zu schweigen von der Kreisschiedskommission.

Nein, Genossen, wir lassen unsere Partei nicht zum Debattierclub machen. Wir nehmen die Erfahrungen ernst, die beispielsweise die KP der USA mit dem Opportunismus gemacht hat und die in hervorragenderweise in der Januar-Ausgabe der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" dargestellt werden. Dort führte ein zeitweiliger Sieg des Opportunismus in der Führung der Partei zur offiziellen Auflösung der KP, an deren Stelle eine lockere, ausschließlich Bildungsziele verfolgende Vereinigung geschaffen wurde.

Darauf laufen letztlich auch die Ratschläge der Peukert, Zimmermann und Co. hinaus, die uns empfehlen, unser Verhältnis zur "Demokratie" zu überdenken und zu ändern, womit sie augenscheinlich das Bekenntnis zu einer klassenneutralen "Freiheit an sich" meinen, sie nennen das Pluralismus. Darüberhinaus empfehlen sie den kommunistischen Parteien, die sie dogmatisch nennen, sie sollten sich von den Leninischen Vorstellungen über den Aufbau einer kommunistischen Partei lösen und "unterschiedliche innerparteiliche Tendenzen" dulden.

Diese Empfehlungen geben sie uns in einer Zeit, wo es in der Bundesrepublik mehr denn je darauf ankommt, daß die Kommunistische Partei gestärkt wird und ihren Masseneinfluß erweitert. Während im vergangenen Jahr die Partei mit ganzer Kraft gegen einen Berg von Schwierigkeiten um die Aufnahme neuer Mitglieder gerungen und mit ca. 5.000 Neuaufnahmen erfolgreich gerungen hat, wollen sie unsere Partei schwächen.

Wir Kommunisten der Bundesrepublik nehmen unsere Verantwortung vor der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes ernst. Hier und heute geht es darum, wie es in unserem Programmwurf heißt, alles zu tun, um den Angriff der Monopolbourgeoisie auf die sozialen und demokratischen Rechte der arbeitenden Menschen zu stoppen. Es geht darum, die Kräfte zu formieren, die eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt in unserem Land herbeiführen können und das Kräfteverhältnis im Inneren so zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte ändern, daß das arbeitende Volk die Kraft und Entschlossenheit findet, tiefgreifende anti-monopolistische Umgestaltungen zu erkämpfen und sich im Klassenkampf schließlich den Weg zum Sozialismus zu öffnen.

Es geht heute darum, den Versuch des Monopolkapitals, einen reaktionären Ausweg auf Kosten der großen Mehrheit zu finden, zum Scheitern zu bringen.

Es geht konkret - auch hier in Bochum - um die Verteidigung eines jeden Arbeitsplatzes. Bei Krupp beispielsweise sind Tausende von Arbeitsplätzen bedroht. Ihre Vernichtung zu verhindern, das ist die Aufgabe, die vor uns und vor den Krupp-Arbeitern steht. Aber nicht die Thesen von

Jutta Kolkenbrock-Netz oder von Peukert/ Zimmermann, Schöttler, Garte werden ihnen dabei helfen, sondern vor allem die Politik unserer Arbeiterpartei.

Dasselbe gilt für den Kampf gegen die kommunale Preistreiberei. Wir haben in unserem zentralen Einspruch gegen den Haushaltsplan 78 der Stadt konkrete Vorschläge gemacht, wie das zu verhindern ist. Wir haben darin von der Stadt verlangt, in Übereinstimmung mit der ÖTV-Bochum, 500 neue Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu schaffen. Um die Verwirklichung dieser Forderungen geht unser Kampf in Bochum.

Wir haben uns das Ziel gestellt, bei den nächsten Kommunalwahlen in Hattingen ins Parlament einzuziehen. Unsere Kreisorganisation hat wichtige Aufgaben übernommen, um den Hattinger Genossen dabei zu helfen. Wenn wir aber in den Hattinger Stadtrat kommen, so ist das nicht nur ein Erfolg für die Genossen dort, sondern bringt die gesamte Partei weiter voran, ist ein Stück konkreter Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik zugunsten der arbeitenden Menschen.

Wir haben uns ferner die Aufgabe gestellt, dieses Jahr zum "Jahr der UZ" zu machen. Das heißt, die Zahl der ständigen Leser unserer Zeitung erheblich zu erweitern. Wir wollen die alten Leser halten, 100 neue Abonnenten gewinnen und die Zahl der Freiverkaufsexemplare auf 5.000 steigern. Damit leisten wir einen Beitrag, mehr Menschen mit unserer Politik bekannt zu machen, den Einfluß unserer Partei zu erweitern, neue Wähler und Mitglieder zu gewinnen. Das ist eine höchst politische Aufgabe.

Nicht umsonst heißt es im Programmwurf, daß die Herbeiführung einer Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt entscheidend von der Entwicklung der DKP zur Massenpartei abhängt.

Wenn wir aber diese Aufgaben, die vor uns und vor der arbeitenden Bevölkerung der Bundesrepublik stehen, erfolgreich erfüllen wollen, dann muß unsere Partei eine marxistische Partei bleiben, deren Kraft aus der Gemeinsamkeit der wissenschaftlichen Weltanschauung und der politischen Ziele erwächst.

Dazu heißt es im Programmwurf: "Diese Gemeinsamkeit macht die Mitglieder der DKP zu einer einheitlichen und solidarisch handelnden Kampfgemeinschaft Gleichgesinnter. Kommunisten lassen sich stets von dem Grundsatz leiten, daß nur ein einheitliches, von der ganzen Partei getragenes Handeln das Unterpfand ihrer Aktionsfähigkeit und Stärke sind. Darum verbindet sich in der DKP breite innerparteiliche Demokratie unlöslich mit dem Grundsatz der vereinigten zentralisierten Aktion. Die Teilnahme aller Parteimitglieder an der Diskussion und Erarbeitung der Politik der DKP, die Rechenschaftspflicht der gewählten Funktionäre und Vorstände verbinden sich mit der Anerkennung der Verbindlichkeit der Beschlüsse der Parteitage und des Parteivorstandes für die gesamte Partei. Die Beschlüsse der jeweils höher gewählten Vorstände sind verbindlich für die nachgeordneten Parteiorganisationen. Die Bildung von Fraktionen ist unvereinbar mit dem einheitlichen Handeln der Partei."

Das sind die wichtigsten Voraussetzungen, um unsere Hauptaufgabe, die Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse unseres Landes zu erfül-

len. Diese Aufgabe nehmen wir ernst.

Aus dieser Verantwortung heraus sagen wir: Jetzt muß Schluß sein mit der Fraktionsmächerei. Schluß mit dem Hineintragen antikommunistischer Parolen in unsere Partei. Schluß mit den schädlichen Angriffen auf die Leitungen der Partei.

Damit ist in unserer Partei keineswegs Schluß mit fruchtbaren Diskussionen, wie es manche Herrschaften an Stammtischen behaupten. Im Gegenteil!

Vor uns liegt die Programmdiskussion. Und wir werden sie offensiv führen - nicht nur in der Partei, sondern weit darüber hinaus mit Bündnispartnern und den arbeitenden Menschen.

In dieser Diskussion werden sich alle Genossen noch besser für die Öffentlichkeitsarbeit fit machen, weil sie noch tiefer in die Grundlagen der Strategie und Taktik unserer Partei eindringen.

In dieser Diskussion werden wir unseren Einfluß unter der arbeitenden Bevölkerung erweitern, weil wir sie mit unserer Alternative, unserer Politik, unseren Forderungen bekannt machen.

So wird diese Programmdiskussion mitten in unserer täglichen politischen Arbeit der konkreten Interessenvertretung für die arbeitenden Menschen unserer Stadt und unseres Landes stehen.

